

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskarte Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennig, ausserordentliche Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124.

Sonntabend, den 30. Mai 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Frau Musika in Ehren!

Stille ist über den Wassern! Ueber den am Montag vor Pfingsten von der Bürgerschaft angenommenen Antrag Petiti und Genossen betreffs Unterstützung des Vereins der Musikfreunde aus öffentlichen Mitteln, der vor Kurzem noch so große Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen hatte, ist die Diskussion nahezu verstummt, in den öffentlichen Blättern sogar ganz. Nur am Bierisch und beim Mittagschoppen wird wohl zeitweilig noch darüber geknurrt und geschimpft. Häufig sind es sogenannte Kamegießer, welche sich über den Beschluß aufregen. Gerade diese aber sollten sich lieber an die Brust schlagen und andrücken: „Gott sei uns Sündern gnädig!“ Wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollten, so müßten sie sich nämlich einfach sagen, daß sie, die Kamegießer, größtentheils selbst die Schuld an der Abstimmung tragen. Weshalb gab man bei der letzten Bürgerschaftswahl nicht die Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten ab? Weshalb wählte man damals noch mehr Sasagemaschinen, Drückeberger, Wetterfahnen, die sich vom Winde, der in den „oberen Regionen“ weht, hin- und herbewegen lassen? Weshalb wählte man denn Leute, die sich bei wichtigen Abstimmungen unsichtbar machen? Jetzt kommt die Neue etwas zu spät, alles Raisonnieren und Schwadronieren nützt nichts mehr.

Bei diesen Bierischgesprächen ist man auch vielfach auf den „Volksboten“ zu sprechen gekommen und hat gefragt: „Was wird der „Volksbote“ dazu sagen?“ Aber der „Volksbote“ sagte gar nichts. Mit fast brennender Begierde wurde jeden Abend gerade aus bürgerlichen Kreisen nach dem „Volksboten“ gefragt, ob er denn noch nichts bringe; aber wir schwiegen uns absichtlich aus. Natürlich kombonirte man gleich — man sucht Niemanden hinter dem Busch, wenn man nicht selbst dahinter gefressen hat — der „Volksbote“ bringt nichts, — der „Volksbote“ ist umgefallen. O ihr Kurzsichtigen! Das Umfallen überlassen wir getrost Anderen. Wir Sozialdemokraten müßten ja auch Esel sein — um Miquel's berühmten Ausspruch zu gebrauchen, wenn wir uns den fetten Bissen, den uns die Bürgerschaft aufgetischt hat, entgehen lassen wollten. Wir, als die lachenden Dritten, sollten umfallen können —? Nein, der Gedanke schon ist uns — Verhöhnung! — ein bißchen zu dumm!

Unsere Stellung zu der Musikfrage war genügend gekennzeichnet und auch bekannt genug. War nicht gerade der „Volksbote“ das erste Lübecker Blatt, welches die Geburt des Musikvereins, des Vettelvereins, dem Frau Ida Boy-Ed, unsere geschätzte Mitbürgerin, „Hebammendienste“ leistete, signalisirte? Haben wir denn nicht schon damals in schärfster Weise abgewiegelt? Haben wir denn nicht auch den Verein und seine Mache auf allen Schleichen wegen verfolgt und schonungslos angeangelt, was wir verfolgen? Ist das alles schon vergessen? Nur Choren und Kurzsichtige konnten also vom „Umfallen“ plappern. Man verwechsle uns doch nicht mit „Tobias Stillvergükt“, der über Nacht aus einem Saulus ein Paulus, wie in anderen, so auch in der Musikvereinsfrage, wurde; ob deshalb, weil man ihn, „Tobias“, seiner Zeit ein ganz klein wenig aus dem Gründungskomitee des Musikvereins hinausgedrängt hat, oder weil er als Geschäftsmann der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen mußte, wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Sowie nur steht fest, daß der „Generalanzeiger“ eines Tages sich plötzlich — wenn auch zum Besseren — „belehrt“ hatte.

Was ist nun, — und das ist die Hauptfrage — zu machen? Die Bürgerschaft hat den Antrag auf Unterstützung in namentlicher Abstimmung angenommen, nachdem sie ihn acht Tage zuvor, wo die Sitzung bedeutend leiser besucht war, abgelehnt hatte. Landrichter Dr. Benda hat zwar versucht, die große Eile, mit der die Musikvereinsubvention durchgedrückt wurde, zu rechtfertigen. Doch dünken uns seine Gründe nicht stichhaltig genug; sie erscheinen uns vielmehr nur als „faule Ausreden“. Herr Dr. Benda meinte u. A.: „Alle anderen parlamentarischen Versammlungen haben die Einrichtung der zweiten und dritten Lesung, und es wäre dort ganz verständlich, daß bei Anträgen, die nur mit einer geringen Majorität abgelehnt sind, eine zweite Lesung kommt. Wir haben die zweite Lesung nicht, weil wir

sie im Allgemeinen nicht brauchen. Wir haben den Bürgerausschuß, der vorher alle Sachen prüft. Aber seit unsere Verfassung besteht, hat es sich wiederholt herausgestellt, daß in Ausnahmefällen eine zweite Lesung herbeigeführt werden mußte. Durchschnittlich alle zehn Jahre einmal ist dies geschehen und zwar immer bei Subventionsfragen der Verfassung ein Schnippchen geschlagen hat, klingt bedenklich und zeigt, daß unsere Verfassung nach einer Besserung schreit, oder daß diejenigen, die bestellt sind, die Verfassung zu wahren, sich sehr leicht, wenn es sich um Submissionsfragen handelt, über dieselbe hinwegsetzen verstehen. Zwischen beiden mag man wählen. Wir glauben bisher, daß eine Verfassung dazu da ist, um wenigstens von denjenigen, die sie gemacht haben, gehalten zu werden und nicht, um sie zu umgehen. Von berufenen Gesetzeswächtern hätten wir das am allerersten erwartet. Aber es ist vielleicht ganz gut so, daß Bürgerschaftsmitglieder in der Wahrung der Verfassung vorangehen. Wenn man von jener Seite in solcher Weise die Verfassung geradezu höhnt, so kann das uns, die wir von jenen Leuten nur gar zu gern als Untergraber der staatlichen Autorität verschrien werden, nur angenehm sein. Bei passender Gelegenheit werden wir uns darauf berufen.

Abgesehen davon ist auch wohl Herr Dr. Benda ein kleiner Irrthum insofern unterlaufen, als er meinte, daß andere parlamentarische Versammlungen zweite und dritte Lesungen nur haben, um Anträge, die in erster Lesung mit nur knapper Majorität abgelehnt sind, in 2. oder 3. Lesung durchzudrücken. Sowie uns bekannt, sind die 2. und 3. Lesungen in der Hauptsache dazu da, um das vorgelegte Gesetz, bez. den Antrag, immer von Neuem zu prüfen und die verbessernde Hand anzulegen; denn Gesetzgebung ist keine Kinderpielerlei. Herr Dr. Benda lehrt es natürlich anders; nach ihm sind die 2. und 3. Lesungen eben nur dazu da, um Anträge, die nur mit ganz geringer Majorität abgelehnt sind, zur Annahme zu bringen. Und die Bürgerschaftsmitglieder haben das auch geglaubt. HOFFENTLICH wiederholt die Bürgerschaft den Vorschlag — heute einen Antrag abzulehnen und in acht Tagen mit großer Majorität anzunehmen — (Herr Dr. Benda nennt es 2. Lesungen!) noch recht häufig. Sie blamierte sich dadurch dann unsterblich, machte sich lächerlich, und bekanntlich tödtet Lächerlichkeit. Das Gute hat der Schöpferstredter Streich der Bürgerschaft, der zwar so manchen kostbaren Steuergroschen verschlingen wird, wenigstens im Gesolge gehabt: er hat so manchem Lübecker die Binde von den Augen gerissen; bisher Blinde sind plötzlich sehend geworden.

Wir stehen als Sozialdemokraten der Hebung der Musikverhältnisse durchaus nicht unsympathisch gegenüber — Frau Musika in Ehren! —, wir meinen jedoch, daß, bevor man an solche Ausgaben denken kann, zuerst noch dringendere Aufgaben zu erfüllen sind. Bei der prekären Lage, in der sich unsere Finanzen befinden, hätte die Bürgerschaft den Steuerzahlern eine derartige Last von 75 000 Mk. nicht aufhalsen dürfen. Diese Summe hätte eine werthvollere Verwendung finden können. Schon hat B. M. B. u. C. ein Defizit angezeigt. Zur Deckung desselben hätten sich die 75 000 Mk. sehr gut eignen. Auch hätte die Summe zu anderen nützlichen Ausgaben verwendet werden können. Hätte man z. B. für diese Summe ein größeres Volksbrauhaus errichtet, das uns so nöthig ist, wie das liebe Brod, so hätte das wenigstens einen Sinn gehabt, weil es der ganzen Bevölkerung zu gute gekommen wäre. Für solche Sachen scheint jedoch der Mehrzahl der Bürgerschaftsmitglieder die Liebe und das nöthige Verständnis zu fehlen. Von einer Bourgeoisvertretung ist ja auch nichts anderes zu erwarten.

Die wärmsten Befürworter des Musikvereinsantrages wollten zwar denselben dadurch schmacht machen, daß sie ausposaunten, die Bestrebungen des Vereins kämen der gesammten Bevölkerung infolge der in Aussicht genommenen „Volkskonzerte“ zu gute. Abwarten ihr guten Freunde! Wir fürchten, es werden Konzerte werden, in denen das eigentliche „Volk“ fehlt und das Konzert von draußen mit anhört. Wir fürchten — und das nicht ohne Grund —, daß der größte Theil der Lübecker Steuerzahler, die Kleinhandwerker und Arbeiter, von diesen sogenannten Volkskonzerten so gut wie ausgeschlossen bleibt.

Es giebt viele Wege, die nach Rom führen, sagt der Volksmund; es giebt aber auch viele Wege, die zu dem-

selben Ziele führen: die Arbeiter und Handwerker aus diesen „Volkskonzerten“ später fortzugraulen. Wir werden uns wiederprechen.

Vorkäufig ist die Subvention von der Bürgerschaft bewilligt und der Senat ist diesem Beschlusse beigetreten; der Verein der Musikfreunde wird also die Subvention fünf Jahre lang erhalten; dagegen ist leider nichts mehr zu machen. Um jedoch für die Zukunft solchen Beschlüssen vorzubeugen, ist es nöthig, daß bei der nächsten Bürgerschaftswahl einige sozialdemokratische Hechte in den Karpfenteich gewählet werden. Sie werden, dessen kann jeder gewiß sein, darauf achten, daß die Bürgerschaft keine solche geradezu unbegreiflichen Beschlüsse mehr faßt. Sollte die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung nun ebenfalls zu dieser Ueberzeugung gelangt sein, dann wäre dieselbe nicht zu theuer erkauft.

## Die Gemeinderathswahlen in Frankreich.

Die Gemeinderathswahlen haben die gehegten Erwartungen unserer französischen Genossen, wie Galus schreibt, weit übertroffen. Die Reaktionäre hatten Furcht vor ihnen; sie haben kein Mittel unversucht gelassen, das Ministerium noch vor den Wahlen zu stürzen; das ist ihnen gelungen, und das Ministerium Meline hat den ganzen Regierungsapparat zu ihrer Unterstützung in Bewegung gesetzt. Aber trotz der Drohungen, durch welche sie die Aufstellung sozialistischer Kandidaten verhindern wollten, trotz der polizeilichen Quertreibereien, welche die Versammlungen und die freie Stimmabgabe stören sollten, sind doch selbst in den kleinsten Städten und Ortschaften Kandidaten aufgetreten, die offen ihre sozialistische Gesinnung zur Schau trugen. Unter den Kandidaten fanden sich zahlreiche Arbeiter, sowie einige Lehrer und Universitätsprofessoren, die dadurch ihre Stellung und ihre ganze Existenz auf's Spiel setzten. Allenthalben haben die sozialistischen Kandidaten Erfolge zu verzeichnen. Beim ersten Wahlgang waren die Radikalen, beim zweiten selbst die Opportunisten an mehreren Orten gezwungen, mit den Sozialisten gemeinsame Listen aufzustellen, um gewählt werden zu können. Ich muß hier daran erinnern, daß die Gemeinderathswahlen entgegen den Kammerwahlen durch Listen stattfinden. Die Zahl der Gemeinderäthe ist proportional der Anzahl der Einwohner; in Paris beträgt sie 80, in den Städten von 100.000 Einwohnern und mehr 36, in den Städten von mindestens 30.000 Einwohnern 23 und in den kleinen Gemeinden 16.

Die Anzahl der Gemeinderäthe, in denen nicht wenigstens 1 oder 2 Sozialisten sitzen, hat sich wesentlich verringert, während die Zahl der Gemeinderäthe, in denen die Mehrheit, ja, die Gesamtheit sozialistisch ist, sehr gestiegen ist. Die Siege, die wir in den kleinen Gemeinden davongetragen, haben nicht in dem Maße Beachtung gefunden, wie die in den großen Zentren errungenen, obgleich sie eine noch tiefer gehende Bedeutung haben; beweisen sie doch klar, daß die sozialistischen Ideen trotz der Bahonnette und Verfolgungen durch Regierung und Arbeitgeber alle Schichten der Bevölkerung durchdringen. Vor 15 Jahren behandelte man die Sozialisten als Verriekte und Verbrecher; in wenigen Jahren wird ein Nichtanerkennen der sozialistischen Ideen ein Zeichen von geistiger oder seelischer Beschränktheit sein. Die sozialistischen Wahlerfolge in den kleinen Ortschaften sind das sichere Unterpfand des baldigen endgültigen Triumphes des Sozialismus in Frankreich.

Die monarchistische Reaktion konnte die Republik von 1848 nur stürzen, das Kaiserreich sich nur halten, indem sie sich auf die Kleinstädte und das platte Land stützte. Erst seitdem diese für die republikanischen Ideen gewonnen sind, ist die Stellung die Republik eine unerschütterliche geworden. Es ist das gleiche Gesetz, das auch für Religionen gilt, bei denen es immer die breiten, ungebildeten Massen des Volkes waren, welche ihnen zum Siege verhelfen. Die Entstehung und Ausbreitung des Christenthums sind ein typisches Beispiel dieser geschichtlichen Erscheinung. Man kann wohl mit Bestimmtheit sagen, daß augenblicklich die Massen einer sozialistischen Revolution nur einen passiven Widerstand, und auch den nicht einmal überall, entgegenzusetzen werden — einige wenige Jahre, und sie werden sich voller Begeisterung ihr anschließen.



Das Bürgerthum konnte sich 1789 der Abfign nur mittels des begeisterten Beistandes entledigen, den es in den kleinen Städten und auf dem Lande fand. Die Bauern stürmten die Schlösser und Klöster, bemächtigten sich der Urkunden, der Abelsbriefe und der grundherrlichen Abgabeverträge, warfen sie alle auf dem Dorfplatz auf einen Haufen, stellten in die Mitte eine Tafel mit der Aufschrift: „endgültige Befreiung vom Zehnten und Frohndienst“, zündeten dann den Haufen an und tanzten um ihn herum. Die Bauern, welche diese Zeiten noch nicht vergessen haben, werden es wieder so thun, aber mit dem Unterschiede, daß sie diesmal die kapitalistischen Eigenthumsurkunden, die Hypothekenbriefe und die notariellen Schuldscheine den Flammen überliefern werden.

Das Ministerium Méline, von dem man so viel durch Beeinflussung der Wahl erhofft hatte, ist durch das Ergebnis ganz außer Fassung gekommen. Als wahrhafte Anhänger der Vogelstraußpolitik haben die Minister die Wirklichkeit verleugnet; sie haben hochgelehrte Statistiken abgefaßt, um zu beweisen, daß die Zahl der sozialistischen Gemeinderäthe seit den letzten Wahlen von 1892 erheblich gesunken sei, ein untrügliches Zeichen des Rückganges der sozialistischen Idee, die bald in der Luft verschwinden werden, wie der Rauch eines Strohfeners. Indes hat ihre Dummheit sie nicht verhindern können, die in den großen Städten errungenen Siege anzuerkennen. Paris, Roubaix, Lille, Calais, Marseille, Bordeaux, Narbonne, Montluçon u. s. w. haben sozialistische Gemeinderäthe, die wohlbekannt, in der Bewegung stehende Sozialisten zu Bürgermeistern gewählt haben, von denen mehreren schon die Ehre zu Theil geworden ist, kostenlos in den Gefängnissen der dritten Republik beherbergt zu werden.

Die Industriestädte (Lille, Roubaix, Roanne, Calais u. s. w.) haben rein sozialistische Mehrheiten gewählt; während in Paris, Marseille, Bordeaux u. s. w., Städten mit theils gemischter, theils Handelsbevölkerung, wo das kleinbürgerliche, kleinindustrielle und Handwerker-Element vorherrscht, sich die Sozialisten und Radikalen in die Mehrheit theilen; doch auch hier sind die Sozialisten die Herren der Lage. Der „Temps“, das Hauptblatt der Bourgeoisie, dem die Angst die Augen manchmal öffnet, ist trotz seiner Bewunderung für die Papierstege des Ministeriums Méline genöthigt, in einem seiner Leitartikel anzuerkennen, daß „die Radikalen auf dem Wege sind zum Sozialismus, zum revolutionären Sozialismus, und auf diesem nicht mehr Halt machen können. Jeden Tag sind wir bald hier bald dort Zeugen von der fortschreitenden Auflösung der alten radikalen Partei und ihrem unabwendbaren Aufgehen in der Gruppe der revolutionären Kollektivist.“

Was sich in der Kammer zugetragen, wiederholt sich in den Gemeindevertretungen, in denen die Sozialisten nicht die Mehrheit bilden. Genau gerechnet, befinden sich nicht mehr als 18—20 wahre Sozialisten in der Kammer; sie bilden den Mittelpunkt, um den sich einige 40 radikale Abgeordnete gruppieren, die zum Sozialismus neigen. Diese kleine Gruppe von 60 Abgeordneten beherrscht die 150—200 radikalen und liberalen Abgeordneten, die kein Programm leitet, und die aus Furcht vor ihren Wählern nicht nach rechts abschwenken können. Man hatte schon Gelegenheit, den Einfluß eines oder einiger Sozialisten in einem Gemeinderath kennen zu lernen; eine Zeit lang saßen Dormoy in Montluçon und Bailliant in Paris allein im Gemeinderath und doch reichte ihre Thätigkeit aus, die reaktionäre Majorität zu desorganisiren. Das wird jetzt noch schlimmer werden, wo sich in vielen Gemeindevertretungen ansehnliche sozialistische Minderheiten befinden.

In zwei Jahren, bei den großen Wahlen von 1898, wird die sozialistische Partei die radikale verschlungen haben und den vereinigten reaktionären Parteien die Spitze bieten.

Gallus.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Gesetzentwurf über die Invaliditäts-Versicherung. Das vom Bunde der Landwirthe ausgearbeitete und der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags zugegangene neue Invaliditätsversicherungsgesetz enthält folgende hauptsächlich neue Bestimmungen:

Es werden versichert a) vom vollendeten 21. Lebensjahre an Arbeiter u. s. w., Betriebsbeamte mit einem Gehalte unter 2000 Mk., die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge, b) vom vollendeten 21. Lebensjahre an Betriebsunternehmer und selbstständige Gewerbetreibende, deren Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt. — Die Invaliditätsrente beträgt für Männer 100 Mk., für Weiber 75 Mk. jährlich, wenn die Erwerbsfähigkeit dauernd um mindestens 50 pCt. beeinträchtigt ist. Bei höherer Beeinträchtigung steigt die Rente für je 25 pCt. bei Männern um 50, bei Weibern um 35 Mk. Außerdem erhöht sich die Rente, wenn in den letzten 4 Jahren vor Beginn der Invalidität versteuert ist:

600 bis 950 Mk., bei Männern 150 Mk., bei Weibern 125 Mk.			
950 „ 1300 „	200 „	175 „	
1300 „ 1650 „	250 „	225 „	
1650 „ 2000 „	300 „	275 „	

Invalidenrente erhält auch derjenige nicht dauernd Erwerbsunfähige, welcher während eines Jahres ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit. Die Rente kann nach Gemeindebestimmung bis zu zwei Drittel ihres Betrages in

Naturalleistungen gewährt werden. Zur Erlangung eines Rentenanspruchs ist außer dem Nachweise der Erwerbsunfähigkeit oder des Alters nur der Nachweis erforderlich, daß der Versicherte innerhalb der letzten 4 Jahre mindestens 160 Wochen in einem die Versicherung begründenden Erwerbsverhältnisse gestanden hat. Ueber den Rentenanspruch entscheidet die Versicherungsbehörde in freier Würdigung des gesammten Beweismaterials, ohne an gesetzliche Schranken gebunden zu sein. Die Aufbringung der Mittel erfolgt dadurch, daß das Reich von jeder einzelnen Rente den Betrag von 50 Mk. im voraus deckt und das übrige durch Zuschläge zu den Einkommenssteuern in den einzelnen Bundesstaaten erhoben wird, wobei jedoch die Einkommen unter 600 Mk. frei zu lassen sind. — Die Altersversicherung scheint demnach der Bund der Landwirthe ganz streichen zu wollen. Fallen für ihn in diesem Falle die bereits erworbenen Rechte gar nicht ins Gewicht?

Ein nettes Zugeständniß macht Herr Bueck in einer Erwiderung auf eine Abfertigung, die ihm Herr von Rottenburg für seine Angriffe gegen die Kommission für Arbeiterkassirer hat angebeihen lassen. Herr Bueck bekannte da nämlich, indem er von Schwierigkeiten redet, mit denen die deutsche Industrie im Gegensatz zu andern Ländern zu kämpfen habe, „daß die meisten Arbeiter in ihrer besten Ausbildungsperiode in Folge der allgemeinen Wehrpflicht 2—3 Jahre der Arbeit entzogen werden.“ Herr Bueck, der Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller, des einflußreichsten deutschen Unternehmerverbandes, gehört zu jener national-liberalen Partei, die mit Pauken und Trompeten jede, aber auch jede Forderung zur Verstärkung des Militarismus in Deutschland bewilligt.

Im oberschlesischen Industriebezirk hat die Meldung, daß der preussische Landwirtschaftsminister die Einfuhr russischer Schweine aus „Sanitätsrücksichten“ zu verbieten beabsichtige, wie man der „Voss. Ztg.“ schreibt, große Erregung, besonders in Arbeiterkreisen, verursacht. Schweinefleisch ist für die oberchlesische Arbeiterbevölkerung das unerlässlichste Nahrungsmittel, dessen sie bei der harten Arbeit bedarf. Nur der billige Bezug von Landschweinen aus Rußland macht es möglich, das Pfund Schweinefleisch zu 40—45 Pfg. zu verkaufen, wie das gegenwärtig der Fall ist und bei dem Bezuge der Schweine aus Niederschlesien würde, selbst wenn die gegenwärtigen Einkaufspreise in Niederschlesien sich nicht steigerten, das Pfund um 15—20 Pfg. theurer werden, d. h. um 33 1/3 v. H. Was das in einem Arbeiterhaushalt zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Den Agrariern würde die Maßregel natürlich sehr erwünscht kommen. Was fragen die danach, ob die Lebenshaltung des Arbeiters vertheuert und verschlechtert wird? Haben sie doch den Profit davon. Nach einer Mittheilung aus Myslowitz ist nicht ein völliges Verbot, sondern nur eine abermalige Beschränkung der Einfuhr russischer Schweine beabsichtigt und man will dort wissen, daß jeder Fleischer nur noch fünf Schweine wöchentlich einführen darf. Eine derartige Maßnahme wäre vollends unverständlich. Wenn wirklich aus Sanitätsrücksichten die Einfuhr russischer Schweine verboten würde, und wenn dieses Verbot begründet wäre, so erschiene es doch unverantwortlich, überhaupt noch solche Schweine zur Ausfuhr zuzulassen. Es ist übrigens kein Fall bekannt, daß die russische Schweineinfuhr nach den oberschlesischen Schlachthöfen die Verbreitung von Seuchen zur Folge gehabt hat.

Die Beamten und der Bernsteinprozeß in Stolz. Unter dieser Ueberschrift macht die „Arztg.“ u. A. darauf aufmerksam, daß der Geh. Kommerzienrath Becker ein ganz besonderer Liebling des verstorbenen Oberpräsidenten v. Schliekmann gewesen ist. Der Geh. Kommerzienrath Becker, ein kleiner, formgewandter Mann, ohne jeden semitischen Typus, mit flugen Augen, einem grauen Spitzbart und einer originellen, geistvollen Ausdrucksweise hatte es verstanden, dem verstorbenen Oberpräsidenten eine rein menschliche Sympathie einzusößen, in welcher er Becker als „Self made Mann“, als Genie hochschätzte. Hatte daher ein Dezerent gegen Becker'sche Anträge, die unschuldig ausfähen, aber die Renten der Firma zu erhöhen geeignet waren, irgendwelche Bedenken, so wurden sie sicher von dem Ober-Präsidenten beschwichtigt.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Mittwoch gelangte ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Raizl, Bernerstorffer und Genossen betreffend den Zusammenstoß zwischen den streikenden Arbeitern und der Gensdarmie in Dörfel zur Verhandlung.

Abgeordneter Raizl warf den Behörden Parteinahme für das Unternehmen vor und bemängelt das erlassene Versammlungsverbot sowie die Ausnahmebestimmungen als ungefällig, indem er erklärte, die Staatsgrundgesetze schienen für den Reichsberger Bezirkshauptmann nicht zu bestehen. Eine rechtzeitige Requisition des Militärs hätte dem Blutvergießen vorgebeugt können.

Ministerpräsident Wadeni erklärte, der Vorwurf, die Behörden seien nicht präventiv vorgegangen, sei ganz unzutreffend, ebenso, daß die Requisition des Militärs besser vorgebeugt hätte. Der Ministerpräsident verfuhr auf Grund der amtlichen Darstellung nachzuweisen, daß die Gensdarmie erst nach wiederholter, in deutscher und tschechischer Sprache ergangener Aufforderung zum Auseinandergehen, und erst, als die erzdiner Menge die Gensdarmie bedrohte und hinter Häusern feste Stellung nahm, angegriffen und geschossen habe. Seither herrsche Ruhe. Eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Exzedenten sei im Gange, ebenso eine Untersuchung darüber, ob der Waffengebrauch seitens der Gensdarmie notwendig war. Vor Abschluß der beiden Untersuchungen sei eine Aeußerung der Regierung unthunlich. Der Vorwurf der Parteinahme für die Unternehmer könne gegen die Behörden unmöglich erhoben werden, da diese nur die Fabrik und die nichtstreikenden Arbeiter schützte und die geforderte Ordnung

und Ruhe aufrecht zu erhalten sich bestrebe. Auch in entgegengesetztem Sinne seien Vorwürfe gegen die Regierung laut geworden; dies beweise, daß das Vorgehen der Regierung ohne Rücksicht die richtige Mitte halte. Das Versammlungsverbot dem Erzeß sei eine leicht begreifliche Vorsichtsmaßregel zur Vermeidung fortgesetzter Unruhen und neuer Zwischenfälle gewesen.

Abgeordneter Bernerstorffer erklärte gegenüber Ausführungen des Ministerpräsidenten, Böhmen sei das Land der Handschellen und Ketten. Wegen der Unterthänigkeit des Unternehmertums würden Menschenleben geopfert.

Der Ministerpräsident protestirte unter stürmischer Wiederholung der äuffersten Linken gegen die Beleidigung des Standes der böhmischen Fabrikanten.

Schließlich wurde bei der Abstimmung die Dringlichkeit abgelehnt.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dr. Binder ist gestern Vormittag um 10 1/2 im 77. Lebensjahre seinen schweren Leiden erlegen. unbegrenztes Vertrauen war die Huldigung seiner Patienten. Für ihn gab es keine Ruhepause und er stets bemüht, Alles für seine Mitmenschen zu thun, was in seinen Kräften stand. Von Morgens früh Abends spät widmete er sich seinen Patienten, gleich ob er dafür honorirt wurde oder nicht. So wurde zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Stadt Lübeck. Sein Heimgang wird von der ganzen hiesigen Arbeiterschaft, die ihn kannte und schätzte, aufs Tiefste betrauert werden.

Um einer etwaigen falschen Auffassung vorzubeugen sowie ganz besonders deshalb, um ein — sagen wir — abfälliges Mißverstehen zu verhüten, wollen wir unsere gestrige Notiz im lokalen Theil „Der Tarifschuß“ u. s. w. nochmals zurückkommen, resp. dieselbe ergänzen. Die Notiz, welche die Kürzung des sog. Vorkaufschlags für die Gehilfen im Buchdruckgewerbe in beiden Städten Lübeck und Rostock behandelt, ist leider mißverstanden worden, daß sie aber gerade denen, in deren Interesse sie geschrieben wurde, so verstanden wird, dafür fehlt uns der richtige Ausdruck. Auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen des Buchdruckgewerbes ist bekanntlich der bisher maßgebliche Tarif abgeändert worden. Die Arbeitszeit ist danach etwas gekürzt, die sog. Grundpositionen (zur Hauptfache wohl die Preise für die einzelnen Satzarten) um etwas erhöht worden. Diese Kürzungen kommen der Gesamtheit der Gehilfen zu gute. Außerdem hat nun auch der Tarifauschuß den bisher gezahlten Lokalaufschlag, natürlich in den verschiedenen Städten verschieden hoch, einer Revision unterzogen. Meist ist derselbe in alten Höhe geblieben. Nur für wenige Städte ist erhöht worden. Für Lübeck und Rostock dagegen wurde er auf Vorstellung der Prinzipale um 2 1/2 Proz. erniedrigt. Und gegen diese Erniedrigung richtete sich auch unsere Notiz; wir hielten uns moralisch verpflichtet, als Arbeiterorgan dazu Stellung nehmen. Wir sind der Meinung, daß die Gehilfenstreiter unter keinen Umständen dieser Erniedrigung Lokalaufschlages beistimmen durften. Was nützt es, wenn man rechts empfängt und links sich etwas nehmen läßt? Wenn nun von einigen Seiten behauptet wird, daß der Lohn in Folge der Verhandlungen für die Lübecker Buchdrucker gar nicht gekürzt wird, sondern Gegentheile eine Erhöhung erfährt, so stimmt das, was man den alten Tarif in Betracht zieht; die Hauptung ist aber nicht richtig, wenn man den neuen beschlossenen Tarif zum Vergleich heranzieht. Dann ist dann den Lübecker und Rostocker Buchdruckern Verhältniß zu den übrigen deutschen Buchdruckern, der nichts genommen ist, der Lohn (im Lokalaufschlag) gekürzt worden.

B. Im Tivoli-Theater findet heute, Freitag, die einmalige Aufführung von „Fernand's Ehekontrakt“ statt. Wenn je auf dem Gebiet des Schwanks ein Erfolg erzielt wurde, so geschah es mit „Fernand's Ehekontrakt“, der jetzt im Residenztheater zu Berlin über 175 Aufführungen erlebte. Als das Stück vor 1 1/2 Jahren zum ersten Male aufgeführt wurde, da durchbrauste das Publikum den Sturm des Beifalls, der sich von Akt zu Akt steigerte. Immer wieder wurde „Fernand's Ehekontrakt“ mit Begehr begehrt. Berliner Zeitungen berichten hierüber: „Residenz-Theater ist „Fernand's Ehekontrakt“ immer wieder zur Geltung gekommen. Ein sehr gut suchtes Haus, fröhliche Stimmung, reicher Beifall, ehedem. Die lustige Komödie, die sich stets so erfolgreich und zugkräftig erwiesen hat, thut auch jetzt ihre volle Schuldigkeit seit Monaten und so ist die „Fernand's Ehekontrakt“ nach 1 1/2 Jahren noch so frisch und glückverheißend wie am 1. Tage — das wollen allen Ehekontrakten zu wünschen!“ Die Aufführung im Tivoli ist auf das Beste vorbereitet, selbst nach den Vorstellungen haben noch Proben stattgefunden. Die nöthigen Requisiten sind neu beschafft, die Kostüme zum Theil aus dem berühmten Modehause Gerson u. Co. Berlin, bezogen. Herr Martini hat seinen Fernand all dem genial-humorigen Timbre eines Pariser Lesemanns ausgestattet, und als pikante Chantant-Diva ist ihm Frä. Büniger bestens zur Seite. Herr Sikla in dem unglücklichen Notarschreiber mit ganzem Humor aufzuführen und auch die übrigen Rollen liegen in den besten Händen. (Herr Berend, Herr Bornstedt, Herr Köhl) — So präsentirt sich „Fernand's Ehekontrakt“ mit seiner übermüthigen Situationen, seinem eigenen, anregenden Reiz der französischen Schrifstellererei heute zum ersten Male und wird auch wahrscheinlich hier wie in Berlin



Hörer von Anfang bis zu Ende in froher Lust  
alten und sicher wird, wie in Berlin, auch hier „Ter-  
d's Ehekontrakt“ ein gern gesehenes Stück bleiben.  
Eine Volksvorstellung veranstaltet nächsten Montag  
Tivoli-Theater. In derselben wird Kaimunds  
letzes Volksstück „Der Verschwenker“ gegeben  
den. Die Plätze kosten durchweg nur  
Pfennig. Die besten Kräfte des Theaters sind  
der Aufführung thätig, so daß den Besuchern des  
Theaters zweifellos ein Genuß in Aussicht steht. Wir  
unseren Lesern den Besuch dieser Vorstellung nur  
empfehlen und hoffen, daß sie sehr zahlreich das Tivoli  
diesem Abend besuchen werden.

Ein eigenartiges Verfahren scheint die Lübecker  
Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft bei der Ein-  
stellung von Arbeitern eingeschlagen zu haben. Kommt  
hiesiger Arbeiter und fragt um Arbeit an, so heißt  
einfach: wir haben keine für Sie. Auch heute Morgen  
stellte sich dieser Vorgang ab. Ein hiesiger Arbeiter  
schickte bei dem Meister der Messerschmiede Hansen um  
Arbeit an, wurde jedoch abgewiesen. Raum war aber  
für Lübecker abgewiesen, als ein Hamburger von  
diesem Meister eingestellt wurde. Unbedingt  
muß das zu denken! Wie wir hören, soll das Arbeits-  
bureau der Metallindustriellen auf  
dem Kraienkamp für die Lübecker Aktienfabrik Arbeits-  
plätze nachweisen; ob auch für Koch, haben wir bisher  
noch nicht in Erfahrung bringen können. Die Arbeiter  
haben alle Ursache, auf die Schiebungen, welche die  
Fabrik jetzt versucht, zu achten.

Wie verschieden die Auffassungen der Gerichte sind,  
zeigt wieder eine Entscheidung des Reichsgerichts, die für  
den Handwerker besonders wichtig ist. In einer Zwangs-  
verfügung gegen einen Stellmacher waren dessen Vorräthe  
an Holzern aller Art gepfändet worden. Der Schuldner erhob  
Schwerverbe beim Amtsgericht. Dieses entschied, daß diese Pfände  
nicht unter die zur persönlichen Ausübung des Berufes un-  
verfügbaren Gegenstände gehörten, sie also der Pfändung unter-  
worfen seien. Daraufhin erfolgte Beschwerde bei dem Landgericht.  
Der erging eine gerade entgegengesetzte Entscheidung. Das Land-  
gericht erklärte, von der Pfändung seien auch diejenigen Vorräthe  
ausgenommen, deren ein Handwerker zur Fortsetzung seines Hand-  
werks, soweit er es in Person betreibt, bedürfe. Wiederum erfolgte  
Beschwerde, diesmal von den Gläubigern des auspfändelten Hand-  
werkers; das Oberlandesgericht entschied, daß die rechtliche Auf-  
fassung des Landgerichts zuträfe. Das Reichsgericht, das in vierter  
Instanz zu entscheiden hat, ist dem Urtheil des Amtsgerichts bei-  
zutreten. Nach der Auffassung des Reichsgerichts sind von der  
Pfändung nur die Werkzeuge auszunehmen, die der Künstler oder  
Handwerker für die Ausübung seines Berufes gebraucht.

Hafenachricht. Am Mittwoch wurde eine leck-  
gegangene und dann gesunkene Baggerschute der hiesigen  
Adeputatation im sogenannten todten Arm der Trave,  
im Aufbewahrungsort dieser alten Fahrzeuge, gehoben,  
er gepumpt und nach dem Wasserbauplatz bugsiert. Diese  
Schute soll dort auf's Land gezogen und abgebrochen  
werden. Nach einer Mittheilung sollen noch mehrere in  
dieser Gegend liegende Fahrzeuge, welche wegen „Alters-  
schwäche“ nicht mehr Verwendung finden können, abge-  
brochen werden. — Es wäre das letztere auch wünschenswerth,  
da der todte Arm der Trave in der Nähe der Ballast-  
schle, mit den dort lagernden alten Baggerschuten einen  
ineswegs schönen Anblick bietet.

Aus dem Hafen. Der dänische Dampfer „Thor“ ist  
nach der Koch'schen Werft abgegangen, um daselbst zu  
werden. Die nächste Fahrt nach Natskov, Svendborg und  
Aarhus wird erst am 4. Juni stattfinden. Der schwedische  
Postdampfer „Lübeck“ wird gleichfalls nach der Koch'schen  
Werft verholten, um im Schwimmdock daselbst den Schiffs-  
boden reinigen und dem Schiff einen neuen Farbeanstrich  
geben zu lassen. Der Postdampfer „Najaden“, welcher  
zu gleichem Zwecke das Schwimmdock benutzt hat, ist in  
den Hafen zurückgekehrt und hat seine regelmäßigen  
Fahrten wieder aufgenommen.

Auf Grund gerathen. Der gegenwärtig hier liegende  
Dampfer „Hebe“, Kapl. Bergström, ist bei seiner letzten  
Reise von Lübeck nach Finnland zwischen Wasa und Gamla-  
Karleby auf Grund gestoßen. Da man vermuthet, daß  
der Schiffsboden beschädigt wurde, ist der Taucher H.  
Hege aus Warnemünde beauftragt, den Schiffsboden zu  
untersuchen und wird derselbe heute Nachmittag damit  
beginnen.

Unglücksfall. Am 1. Pfingstfeiertage stürzte in der  
Bedanstraße aus der 1. Etage des Hauses Nr. 1 das  
jährige Söhnchen des Bierfuhrmanns B. beim Spielen  
aus dem Fenster. Trotz rasch herbeigeholter ärztlicher  
Hülfe, verstarb das Kind an den schwer erlittenen Ver-  
letzungen.

Eigentumsvergehen. Gegen einen Arbeiter von hier,  
welcher zum Nachtheil eines anderen Arbeiters 2,50 Mk.  
enterschlagen hat, ist Untersuchung eingeleitet. — Des-  
wegen schwebt eine weitere Untersuchung gegen einen  
älteren Kassirer, der sich ebenfalls der Unterschlagung  
von 67 Mk. schuldig gemacht hat. — Abgefakst wurde  
am Sonnabend ein Mann von hier, als er versuchte,  
auf leere Petroleumfässer bei einer hiesigen Handlungs-  
firma zu verkaufen. Da die Firma über den rechtmäßigen  
Verwerb der Fässer Mißtrauen schöpfte, so benachrichtigte  
sich die Polizei. Durch die sofort angestellten Erhe-  
bungen stellte sich heraus, daß sämtliche fünf Fässer am  
Tavengestade gestohlen waren. Da Fuchtwortverdacht vor-  
lag, erfolgte die sofortige Festnahme des Diebes.

Schlutup. Am 27. Mai wurde hier die Neuwahl  
des Wegschauers vorgenommen. Der bisherige Wege-  
wauer, Fischräucherer C. Schwiezke, wurde wieder-  
wählt.

Travemünde. Bahnsteigsperre. Nach einer Be-  
auftragung der Direktion der Lübeck-Büchener Eisen-  
bahngesellschaft ist an den Sonntagen vom 31. Mai bis  
1. August ds. J. der Zutritt zu den Bahnsteigen des  
Hauptbahnhofs Travemünde für die Zeit von 6 1/2 Uhr Abends

bis 9 1/2 Uhr Abends allen nichtberechtigten Personen  
untersagt. Zum Zutritt berechtigt sind die Inhaber von  
gültigen Fahrkarten, Fahrscheinen und Fahrscheineften  
gegen Vorzeigung derselben an die Bahnsteigschaffner.  
Andere Personen können die Berechtigung zu einmaligem  
Zutritt durch Lösung von Bahnsteigkarten zu 10 Pf. am  
Fahrkartenwechsel erlangen. Hausknechte, Dienstmoten  
und Dienstmänner, welche Gepäckstücke für Reisende an  
die abgehenden Züge bringen, werden ohne Karten zuge-  
lassen werden, haben aber sogleich nach Ablieferung der  
Gepäckstücke den Bahnsteig zu verlassen. Zuwiderhand-  
lungen gegen vorstehende Anordnung unterliegen der Be-  
strafung nach § 45 der Bahnordnung.

Hamburg. Die deutsche Lehrerversammlung erklärte  
sich in der gestrigen Sitzung nach längerer Berathung  
gegen den Gebrauch der Volkbibel im Religionsunterricht  
der Volksschule und sprach sich für ein biblisches Lehr-  
buch aus, das nach pädagogischen Grundsätzen für die  
Bedürfnisse des Religionsunterrichtes bearbeitet und nach  
Form und Inhalt geeignet ist, den Gebrauch der Volk-  
bibel zu ersetzen. Die Versammlung wurde sodann ge-  
schlossen.

Neumünster. Selbstmord. Am Dienstag-Abend  
gegen 6 Uhr ertönte im Hause Altonaerstraße 39 aus  
einer Bodenkammer ein Schuß. Als man die Kammer  
betrat, bot sich ein entsetzlicher Anblick dar: Der in dem  
Hause wohnende ca. 40jährige Maurer Herrm. Brüggem,  
Familienvater, hatte seinem Leben durch Erschießen ein  
Ende gemacht, und zwar, indem er die Schußwaffe mit  
Pulver und Wasser lud und sich in den Mund schob.  
Der Tod muß augenblicklich eingetreten sein. Brüggem  
dürfte die unselige That in einem Anfall von Geistes-  
störung begangen haben. (S. C.)

Hamburg. Ein Lustmord ist allem Anschein nach  
am 2. Feiertage in der Nähe von Vänenburg in St. Dionys  
verübt worden. Die Thatfache ist folgende: Am Nach-  
mittage des zweiten Pfingstfeiertages wurde die sechsjährige  
Hauktochter Elisabeth Lodders aus St. Dionys in einem  
Wassergraben nahe der Wilhelmsbrücke todt aufgefunden.  
Leute, welche in die dortige Gastwirtschaft kamen, be-  
richteten von dem Leichenfund. Unter den Gästen befand  
sich auch der 1842 zu Frankfurt a. d. O. geborene Rud.  
Kraatz, welcher den Posten eines Futterknechts bei Lodders  
versieht. Als man an der Unglücksstätte ankam, äußerten  
einige der Leute, daß hier wohl ein Verbrechen vorliegen  
müsse, daß ein Ertrinken in dem nur anderthalb Fuß  
Wasser haltenden, mit festem Untergrund versehenen  
Graben nicht gut möglich sein könne. Bei dieser Gelegen-  
heit soll sich Kraatz dadurch verdächtig gemacht haben,  
daß er, ohne ein Wort zu sagen, abseits ging. Man  
benachrichtigte den Gemeindevorsteher, und dieser requirirte  
den in Bardowik stationirten Gensdarm, welcher alsbald  
ein Verhör mit Kraatz anstellte, der noch durch einen  
beschnuzten Hock und nasse Stiefel und Hosen auffiel.  
Wie festgestellt ist, war die kleine Elisabeth Lodders mit  
ihrem acht Jahre alten Bruder und einem jüngeren  
Schwesterchen um 11 1/2 Uhr vom elterlichen Hause fort-  
gegangen in der Richtung nach der Schleuse zu. Dabei  
begegnete ihnen Kraatz, der die Elisabeth mitgehen ließ  
und die anderen Kinder nach Hause schickte. Auf dem  
Wege nach der Wilhelmsbrücke muß dann das schreckliche  
Verbrechen verübt worden sein. Ueber das tragische Ende  
des kleinen Mädchens will Kraatz Nichts wissen, er habe  
es nur eine Strecke Weges mitgenommen. Der Fundort  
der Leiche ist drei Kilometer von St. Dionys entfernt,  
in seiner Nähe fand man auch ein zusammengedrehtes  
Taschentuch, womit der Unhold möglicher Weise seinem  
Opfer den Mund verstopfte. Der muthmaßliche Thäter  
Kraatz ist in's Untersuchungsgefängniß gebracht worden.  
(S. F.)

Oldenburg. Unschuldig zu 3 Jahr 3 Monat  
Zuchthaus verurtheilt. Der Artillerist Mohrmann  
vom hiesigen Artillerie-Regiment, aus Eghorn gebürtig,  
welcher s. J. zu 3 Jahr 3 Monat Zuchthaus wegen  
wissentlich falscher Anschuldigung eines Vorgesetzten und  
Verleitung zum Meineid verurtheilt wurde, ist Pfingsten  
auf Anordnung des Kriegsministeriums aus dem Zuchthaus  
entlassen worden und zu seinem Truppendienst zurück-  
geführt, nachdem er bereits 1 Jahr 4 Monat von der  
Strafe verbüßt hat. Mohrmann hatte einen Unteroffizier  
wegen Mißhandlung eines Rekruten zur Anzeige gebracht,  
welche That beide ableugneten, worauf die Zeugen Mohr-  
manns ihre Aussage theils zurücknahmen, theils überhaupt  
nichts gesehen haben wollten, während der Hauptzeuge  
sich erhängte. Den Brüdern Mohrmanns gelang es  
nach einem Jahre, Material dafür beizubringen, daß M.  
unschuldig verurtheilt ist, und so wurde das Wiederauf-  
nahmeverfahren eingeleitet. Das Urtheil in diesem  
Prozeß soll noch nicht gefällt sein; der Unteroffizier  
sowie der geschlagene Gemeine befinden sich noch in  
Untersuchungshaft. Nach Beendigung dieses eigenartigen  
Prozesses werden wir auf denselben zurückkommen. Welche  
Entschädigung erhält nun M. für die unschuldig erlittene  
Strafe?

## Neueste Nachrichten.

Berlin. Die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ver-  
öffentlicht, daß es ihr gelungen ist, die Röntgen'schen  
Röhren so zu verbessern, Einzelheiten am Kopfe und Keh-  
löpfe, speziell die Athmungs- und die Herzthätigkeit direkt  
auf dem Fluoreszenzschirm zu beobachten. Die Demon-  
stration wird den Theilnehmern an dem chirurgischen  
Kongreß vorgeführt werden.

Nagel. Internationaler Bergarbeiter-  
Kongreß. In der gestrigen Sitzung wurde die von  
deutschen Vertretern beantragte Resolution, betr. die In-

validen, Penstons- und Krankenkassen, wonach diese von  
den Bergarbeitern selbst verwaltet, der Staat jedoch die  
Oberaufsicht darüber führen und die Garantie übernehmen  
soll, mit 811 000 gegen 26 000 Stimmen angenommen.  
Ebenso wurde eine von den Franzosen und Belgiern be-  
antragte Resolution angenommen, wonach vom Staate  
garantierte Invaliden- und Krankenkassen gegründet werden  
sollen. Die Oesterreicher und Süd-Balearen enthielten  
sich der Abstimmung bei der letzteren Resolution. Der  
deutsche Antrag über die Grubenaufsicht wurde zu Gunsten  
des weitergehenden französischen und belgischen zurückge-  
zogen, der verlangt, daß für die ständige Beaufsichtigung  
der Gruben Inspektoren aus dem Arbeiterstande zu wählen  
und ihnen eine unabhängige Stellung zu sichern sei. —  
Mit 737 000 gegen 126 000 Stimmen gelangte der von  
den französischen und belgischen Vertretern eingebrachte  
Beschlusstrag zur Annahme, der die Uebernahme aller  
Bergwerke durch den Staat fordert. Für den Antrag  
stimmten die französischen, die belgischen Vertreter und  
die Miners Federation; die Vertreter von Northumber-  
land und die National Federation stimmten dagegen,  
während die deutschen Vertreter sich der Abstimmung ent-  
hielten. — Die französisch-belgische Resolution, nach der  
die Arbeitgeber für alle Unfälle haftbar sind, wurde mit  
allen gegen die Stimmen der National Federation ange-  
nommen; der Antrag der Deutschen, nach dem der Kon-  
greß alle zwei Jahre stattfinden soll, wurde abgelehnt  
und eine jährliche Tagung beschlossen. Der nächste Kon-  
greß findet in London statt. Zu demselben ergehen Ein-  
ladungen auch an die asiatischen Rufen und an die  
Amerikaner. In das Komitee für den nächstjährigen  
Kongreß wurde Picard als Sekretär und Burt als Schatz-  
meister wiedergewählt. Hierauf wurde der Kongreß ge-  
schlossen.

Ausbach. Reichstags- Erstaahl. In der  
Stadt Ausbach wurden gezählt für Conrad (Volksp.)  
720, für Tröltzsch (N.) 668, für Hufnagel (R.) 151  
und für Baumeister (Soz.) 293 Stimmen. Im ganzen  
Wahlkreise Ausbach-Schwabach sind bis jetzt gezählt für  
Conrad 2213, für Tröltzsch 1198, für Hufnagel 1626  
und für Baumeister 1760 Stimmen. Die Stichwahl  
zwischen Conrad und Hufnagel erscheint gesichert, da  
viele Landkreise noch ausstehen, in denen Hufnagel viele  
Stimmen erhalten dürfte.

Wien. Das Herrenhaus nahm die Wahlreform-  
vorlage nach kurzer Verhandlung einstimmig an.

Newyork. Ein Cyclon hat in Saint Louis arge Ver-  
wüstungen angerichtet. Die Zahl der in Saint Louis  
allein Ungekommenen wird auf 1000, der im östlichen  
Saint Louis Getödteten auf 300 geschätzt. Der Schaden  
soll viele Millionen betragen.

Bulawayo. Eine Abtheilung der Kolonne Oberst  
Napier hatte ein heftiges Gefecht mit 1500 Matabeles  
in dem Distrikt Lusiza. Die Matabeles wurden in die  
Flucht geschlagen und verloren 200 Tödtete und viele Ver-  
wundete. Auf englischer Seite wurden zwei Soldaten  
getödtet und mehrere verwundet.

## Briefkasten.

I. F. S. Sch. Unterlassen Sie es lieber; Sie könnten sich zum  
Mindesten eine Anklage wegen groben Unfugs zuziehen.  
Zwei Streitende. In den letzten 2 Jahren ist der  
Club „Germania“ nicht mehr beim Volksfest mit ausmarschirt.

## Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 28. Mai

Der Schweinehandel verlief gut.  
Zugeführt wurden 670 Stück, davon vom Norden — Stück,  
vom Süden — Stück. Preise: Berandtschweine schwere 40—41 Mk.,  
leichte 42—43 Mk., Sauen 32—36 Mk. und Ferkel 40—42 Mk.  
pr. 100 Pfd.

## Zugkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

### Angelommen:

Donnerstag, den 28. Mai.

10,50 B. Ariadne, Lindhard von Söderhamn in 11 Tg.  
12,15 N. Karl, Andersen, von Karlskrona in 6 Tg.  
12,55 N. D. Fehmann, Schacht, von Neustadt in 1 St.  
5,05 N. D. Condor, Ohlsen, von Sonderburg in 10 St.  
10,— N. Hebe, Solminen, von Rüssel in 12 St.

Freitag, den 29. Mai.

4,— B. D. Galmstadt, Lundin, von Kopenhagen in 12 St.  
4,30 B. D. Danehell, Medahn, von Warkowich in 3 Tg.  
4,45 B. D. Svithjob, Blomberg, von Kalmars in 29 St.  
5,30 B. D. Jyden, Lund, von Walmö in 16 St.  
7,— B. Christine, Dittmer, von Heiligenhafen in 1 Tg.

Abgegangen.

Donnerstag, den 28. Mai.

12,30 D. Falke, Ehler, nach Fehmann.  
1,45 D. Ruffland, Ruppel, nach Gesele.  
3,45 Freia, Rosenberger, nach Fehmann.  
4,35 D. Adler, Fischer, nach Wismar.  
7,20 N. D. Galland, Petersson, nach Kopenhagen.  
7,30 N. D. Ferrara, More, nach Riga.  
8,40 N. D. Ven Wybis, Massou, nach Gesele.  
9,— N. Cino, Rosenbergs, nach Raimo.

Freitag, den 29. Mai.

1,— B. Christine Sophie, Möller, nach Habersleben.  
1,— B. Charitina Maria, Nielsen, nach Fehmann.  
5,— B. Catharina, Peterson, nach Kalmars.  
5,30 B. Hera, Mattson, nach Rüssel.  
5,30 B. Delphin, Peterson, nach Kalmars.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. S.: 6,30 m.  
N.D., schwach.

## Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Svithjob ist am 28. Mai von Kalmars auf hier abgegangen.  
D. Iris ist am 28. Mai von Uleaborg auf hier abgegangen.



# Gleiche & Grabow

Mechanische Schuhwaaren-Fabrik, Burg bei Magdeburg.  
 Filiale: Lübeck, Breitestraße 47.

Wir verkaufen unsere Fabrikate zu festen abgestempelten Fabrikpreisen gegen Baarzahlung. Der Preis eines jeden Paares ist auf die Sohlen gestempelt, eine Uebervorteilung unserer Kundenschaft ist daher ausgeschlossen.

Unser Lager ist in Schuhwaaren jeder Gattung und Größe — für die bevorstehende Frühjahrs- und Sommer-Saison — überaus reich sortiert und empfehlen wir u. A.:

Herren-Hofleder-Besatz-Zugstiefel . . . . .	von Mk. 3,75 an	Damen-Lasting-Morgenschuhe . . . . .	von Mk. 1,75 an
Herren-Hofleder-Zughalbschuhe . . . . .	„ „ 3,50 „	Damen-Pantoffel . . . . .	„ „ 0,35 „
Damen-Hofleder-Zugstiefel . . . . .	„ „ 2,85 „	Kinder-Schuhe . . . . .	„ „ 0,25 „
Damen-Hofleder-Schürhalbschuhe . . . . .	„ „ 2,75 „	Damen-Ballschuhe . . . . .	„ „ 1,95 „

In feinen Herren-, Damen-, Mädchen- und Kinderschuh aus Satin, russisch, Kalbleder, Kalblack, Rindlack, Chevreauy (Grison, Paris) u. s. w. in hochleganten Ausführungen und den neuesten Facons haben wir bei vorzüglichen Qualitäten zu unerreicht billigen Preisen reichhaltige Auswahl, worauf wir ein verehrliches Publikum ganz besonders aufmerksam machen.

Jeder von uns fabrizierte Stiefel hat Lederbrandsohle, Lederkappe und Lederabsatz.

Die Geburt eines gesunden Jungen zeigen an  
**Johann Groth und Frau,**  
 geb. Molge.  
 2 fremdlich möblierte Zimm. r. 1 nach hinten und 1 nach vorne, sind zu vermieten.  
 Gartenstraße 32, part.  
 Zu vermieten zum 1. Juli eine Wohnung, enthaltend 3 Stuben, Küche, Keller, Wasser und Ausguss.  
 Klappenstraße 8 a.  
 Zum 1. Juli eine Wohnung zu vermieten Preis 140 Mk.  
 Große Allee 11.

**1 Zimmer** zu vermieten.  
 Schwartauer Allee 82 h.  
 Zu mieten gesucht eine Parterre-Wohnung mit Keller im Preise von 160—200 Mk. jährlich. Offerten unter S 41 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Gesucht ein Laufmädchen.**  
 St. Annenstraße 8.  
 Gesucht ein zuverlässiger Mann zur Ansführung in einer Schießbude event. Spielbude; am liebsten ein selbständiger Handwerker, der jederzeit über freie Zeit verfügen kann.  
 Zu erfragen Hundestraße Nr. 103.

**Verloren** am Sonntag den 17. Mai eine Korallenkette mit gold. Herz. Abzugeben gegen Belohnung  
 Pfaffenstraße 6.

Zu kaufen gesucht eine gut erhaltene Scheidenschiffkare. Angebote mit Preisangabe unter A 16 an die Exped. d. Bl.

**Hansa Extra**  
 Margarine  
 ist die Marke, welche durch ihre besondern Vorzüge sehr beliebt ist.  
 In den meisten Geschäften zu haben.  
 Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“  
 J. Schröder & Co.  
 Vertreter: Willh. Hammer.

**Zur Nachricht!**  
 Sämtliche durch das lebhafteste Pflanzgeschäft stark geräumten Artikel sind jetzt wieder complet am Lager.  
**Neu eingetroffen**  
 sind unter Andern:  
**Steppdecken**  
 vollständig groß, Stück 2,75 Mk.  
**Reform-Steppdecken**  
 mit Tricot, Stück 6,75 Mk.  
**Schlafdecken**  
 in großer Auswahl, 1,48—9,75 Mk.  
**Gattine und Druckstoffe**  
 in großartiger Auswahl.  
 darunter Vorderen-Neheiten, Nr. 30 Pf.  
**Neheiten**  
 in gewebtem Kleider-Parcend  
 überraschende Nachahmung von Wolle,  
 Meter 65 Pf.  
**Blaue Kleider-Cheviots**  
 reine Wolle, eine große Parthie,  
 Meter 82—2,25 Mk.  
**Sommer-Kleiderstoffe**  
 (Saison-Neheiten), per Mtr. 72—1,68 Pf.  
**Gleichzeitig**  
 bringe ich meine Betten-Fabrik in empfehlende Erinnerung.  
**Compl. Betten von 13,50 Mk. an.**  
**Otto Albers**  
 Lübeck, Kohlmarkt 13.  
 Baarverkaufslokal für Manufacturwaaren.



Wir empfehlen unsere nur aus Hopfen, Malz, Dese und Tiefbrunnen-Wasser hergestellten  
**Biere in Flaschen**  
 mit Patent- oder Siegel-Verschluss.  
 Die Vortheile des Siegel-Verschlusses sind: Größte Reinlichkeit. Absolute Dichtigkeit. Bierverfälschung unmöglich. Leichtes gefahrloses Öffnen. Hochachtungsvoll  
**Lübeck 1896. Hansa-Brauerei.**

**A. Pohl, Schneider**  
 40 Marlesgrube 40  
 empfiehlt seine  
 Handlung billiger getragener Herrenkleider und Fußzeug.  
 Lager von neuen Arbeitshosen und Hemden.  
 40 Marlesgrube 40.

**Lübecker**  
**50 Pf.-Bazar**  
 Neu eingetroffen:  
**300 Kinderwagen**  
 das Neueste und Geschmacksvollste zu hervorragend billigen Preisen.  
 Kupferschmiedestr. 11. Mengstr. 18.  
**Die Schweineschlachtere**  
 von

**W. Strohfeldt**  
 73 Glockengießerstraße 73  
 kaufte 150 hiefige Schweine billig ein, und ist dadurch in die Lage versetzt, das Pfund mit 45 Pf. zu verkaufen.  
 Schweinefleisch, Pfd. 45 Pf.  
 Karbonade, Pfd. 60 Pf.  
 Ropf und Wein, Pfd. 15 Pf.  
 Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.  
 Schenkfleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Prekswurst, Pfd. 40 Pf.  
 Gef. Mettwurst u. Lebertwurst, Pfd. 60 Pf.  
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.  
**Nur hiesige Waare.**

**Pa. Bratenschmalz**  
 à Pfand 40 Pfennig  
 empfiehlt  
**Heinr. Viereck**  
 Hügelstraße 96.

**J. N. Nissen**  
 Breitestr. 21, Fernspr. 403,  
 empfiehlt  
**Steingut, Porzellan und Glaswaaren.**  
 Gute Waaren. Billigste Preise.  
 Selbstangefertigte Rajen, Blousen, Hemden, Arbeiterhosen, Schürzen etc.  
 Frau Güldner, Engelsgrube 93.

**H. Prüssmann & Sohn**  
 Möbelhandlung  
 23 Marlesgrube 23  
 empfehlen ihr reichhaltiges Lager von  
**Mobilien, Spiegeln, Polsterwaaren, Bildern, Regulatoruhren**  
 zu billigen Preisen.  
 Wir verkaufen obige Gegenstände auch auf Abzahlung bei Anzahlung nach Uebereinkunft.

**Billigsten Sohlen-Ausschnitt**  
 und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt  
**Friedr. Dürrkop.** Nischstraße 18.

**Feinstes Puder-Mehl**  
 Pfund 35 Pf.  
**Feinstes Maismehl (Maizena)**  
 Pfund 30 Pf.  
**Feinstes Wiener Mehl**  
 Pfund 24 Pf.  
**Feinstes Weizen-Mehl**  
 Pfund 12 Pfennig  
 empfiehlt  
**Ferd. Schreiber**  
 obere Johannstraße 12.

**Schuhwaarenreparaturwerkstatt**  
 Beckergrube 3:  
 Herren-Sohlen und Absätze 2 Mk.  
 Damen-Sohlen und Absätze 1,50 Mk.  
 Knab- u. Mädch.-Sohlen u. Abs. 1—1,40 Mk.  
 Kinder-Sohlen und Absätze 0,60—1 Mk.  
 Für gute Arbeit wird garantiert.  
 Reparatur mit Handbetrieb.

**Uhren reinigen.** . 1,50  
**Federn einsetzen.** . 1,50  
**Uhrgläser** 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
 Uhrmacher,  
 Hügelstraße 32.

**Frankfurter**  
**Margarine**  
 stets frisch  
 zu haben in vielen Detailgeschäften.  
**Frische Eier**  
 7 Stück 30 Pf.  
**Joh. Nagel,** Engelsgrube 51.  
**Große Parthie Ferkel**  
 zu verkaufen.  
 Vorbeststraße 24.

**Niederlage der Lüb. Genoss.-Bau**  
 bei  
**H. Wulff,** Falkenstraße 24.  
 Eine große Parthie nur neuer Muster  
**Tapeten u. Borden,** 10  
 bei **H. E. Koch,** Marlesgrube 46.

**Jahrplan der Eisenbahn-Zi**  
 Gültig vom 1. Mai 1896.  
**Lübeck—Hamburg.**  
 Von Lübeck: 6,56, 8,15, 10,45, 1,05, 2,30, 6,57, 7,55, (9,55 Sonntags-Sonderzug Travemünde vom 31. Mai bis 30. Aug.)  
 Von Hamburg: 8,58, 9,54, (10,28 Sonntags-Sonderzug nach Travemünde vom 31. Mai bis 30. Aug.) 12,00, 1,20, 3,28, 4,22, 5,04, 9,07, 11,27, 12,35

**Lübeck—Büden.**  
 Von Lübeck: 8,24, 10,47, 1,32, 4,27, 7,33, 10,35, 1,28, 4,27, 8,10, 8,51, 7,48, 10,33.  
 Von Büden nach Lübeck: 6,58, 9,24, 12,53, 7,31, 10,20.

**Lübeck—Travemünde.**  
 Von Lübeck: 6,20, 8,00, 10,12, 10,30\*, 1,40, 3,33, 4,30, 7,10, 9,27, 11,35\*\*  
 \* Sonntags-Sonderzug von Hamburg 31. Mai bis 30. August.  
 \*\* Nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. August 4 Person 70, Kinder 35 Pf. Mädchen nur u. d. Büden 6,00, 7,15, 9,30, 10,30  
 \*\*\* Nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. August  
 Von Travemünde: 6,49, 8,00, 9,47, 10,33 (Vertlags im Juli u. Aug.) 12,09, 3,55, (vom 14. Mai ab), 8,01 (nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. Aug. außer 19. Juli u. 2. August), 8,50, 9,48 (Sonderzug n. Hamburg u. Sonn. v. 31. Mai bis 30. Aug.) 10,26 (v. 14. Mai bis 11,21 (nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. Aug.)

**Arbeiter-Radfahrer-Berein**  
 Lübeck  
 Sonntag den 31. Mai:  
**Bereinstour Rageburg-Möll**  
 Abfahrt:  
 Morgens 5 1/2 Uhr vom Marktplat.  
 Einzelfahrer, die sich für den Verein interessieren sind freumbstcht zu dieser Tour eingeladen.

**HansFölschs Bierhall**  
 Götterstraße 18.  
 Jeden Sonnabend Abend von 6 Uhr an  
**H. Cisbeine** (Portion 30 Pf.)  
 sowie  
 Ausschank von ff. Hansabier  
 Seidel 15 Pf.

**Tivoli-Theater**  
 Sonnabend den 30. Mai 1896:  
**Keine Vorstellung.**  
 Sonntag den 31. Mai 1896:  
 Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
 Bons und Dugendarten haben keine Gültigkeit.  
**Zweite große Doppelpoststellung**  
 einfachen Preisen.  
**FATINITZA**  
 Kom. Operette in 3 Akt. v. F. Zell u. R. Ge.  
 Musik von F. v. Suppe.  
 Vorher:  
**Carla's Onkel.**  
 Burleske in 1 Aufzug von Telesfor Gajfar



## VII. Internationaler Bergarbeiter-Kongress in Aachen.

Aachen, 25. Mai.

Erster Tag. Vormittags.

Im Saale des Restaurants zum „Goldnen Thor“ begannen Montag Vormittag die Verhandlungen des internationalen Bergarbeiter-Kongresses. Der Saal ist mit rothen Draperien umzogen, ebenso die Bühne, auf welcher das Präsidium Platz genommen hat, unter einem großen Transparent mit der Inschrift: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Die Verhandlungen werden durch den Reichstags-Abgeordneten Dr. Lüttgenau, Dortmund ins Deutsche, durch Smith-London ins Französische übersetzt. Die geschäftlichen Angelegenheiten besorgt Green-London.

Im Ganzen sind 55 Delegirte eingetroffen, darunter 40 Engländer, 12 Deutsche (darunter der Reichstags-abgeordnete Gen. Müller-Waldenburg), 1 Oesterreicher und 2 Franzosen. Die Belgier fehlten noch.

Den Vorsitz führte zunächst das englische Parlamentsmitglied Burt, der den Kongress gegen 11 Uhr eröffnete, seiner Freude über den ziemlich starken Besuch Ausdruck gab und auf die Wichtigkeit der Tages-Ordnung aufmerksam machte. Die Erledigung derselben werde eine Woche in Anspruch nehmen. Am Ende desselben würden die in der Minderheit gebliebenen Delegirten vielleicht meinen, daß die Beschlüsse nicht zweckmäßig wären und keine Vortheile böten. Indessen seien bei den verschiedenen Kongressen die Bergarbeiter bereits einander näher gerückt, insbesondere hätten die englischen Bergleute sich immer mehr mit den Verhältnissen ihrer deutschen Genossen bekannt gemacht, damit wäre auch ihr Mitgefühl für diese gewachsen. Als besondere Frucht des Kongresses werde erwartet, daß er die Organisation der Bergleute stärke und die Erkenntnis von ihrer Nothwendigkeit befestige.

Nach der von den Engländern sehr beifällig aufgenommenen Ansprache wurde das Bureau gebildet und zwar wurden gewählt: als Tagespräsident Wood (England), Werdelmann (Deutschland) und Calvignac (Frankreich und Belgien), der Maire von Carmaux (Frankreich), als Generalsekretär das englische Parlamentsmitglied Picard. Als Geschäftskomitee werden gewählt: zwei Engländer, zwei Franzosen und zwei Deutsche, nämlich Wolff und Johnson, Lamendin und Cavignac, Hüninghaus und Mühlentbeck, als Mandatsprüfungskommission Jameson und Johnson, Hüninghaus und Lamendin, als Sekretäre Ashton und Lamendin. Der Kongress soll täglich sechs Stunden tagen.

Erster Tag. Nachmittags.

Die Sitzung wird um 4 Uhr geöffnet. Der Vorsitzende theilt mit, daß vier belgische Delegirte eingetroffen seien, sowie ein Zustimmungstelegramm aus Douai. Die Versammlung geht nunmehr zu dem ersten Punkt

der Berathung über, es ist dies der Achtstundentag. Die bezügliche von der Miners Federation, sowie von deutschen, französischen und belgischen Delegirten vorgeschlagene Resolution lautet:

„Dieser Kongress beschliesse hiermit für alle unter Boden arbeitenden Bergarbeiter einen gesetzlichen Arbeitstag von nicht mehr als acht Stunden zu erlangen. Einfahrt und Ausfahrt einbezogen.“

Für die „Miners Federation“ begründet Edwards diese Resolution. Er betont, daß der Weg, auf dem die achtstündige Arbeitszeit herbeigeführt werden solle, der gesetzliche sein müsse, das Mittel dazu bilde behufs Einwirkung auf die Gesetzgebung die politische Aktion. Zu dieser Resolution bringt der englische Delegirte Young ein Amendement ein, welches lautet:

„Indem wir völlig anerkennen, daß die Uebel der langen Arbeitszeit in den Gruben vieler Bergarbeitergegenden bestehen, und indem wir der Meinung sind, daß diese lange Arbeitszeit durchaus verkürzt werden müsse, so glauben wir, daß diese am besten erreicht werden kann durch organisierte Bestrebungen, und wir vertrauen, daß es einen Fortschritt in der gewerkschaftlichen Bewegung bedeutet, wenn sich die Bergarbeiter unter Bernachlässigung ihrer organisierten Aktion nicht auf den Staat verlassen. Diese gewerkschaftliche Organisation ist ungemein nöthig für die arbeitenden Klassen zur Durchsetzung dieser und der anderen Reformen.“

In der Begründung seines Amendements führte Herr Young u. A. aus, der Weg der Gesetzgebung, der für die gesammte bestimmte Industrie eines Landes gleiche übereinstimmende Vorschriften treffe, habe nicht seinen Beifall. Nur durch Organisation könnten die Arbeiter zu dem erstrebten Ziele gelangen und die notwendigen sozialen Reformen durchzuführen. In den Parlamenten seien keine sachlichen Kenntnisse zur Förderung der Arbeiter vorhanden. Die Ausföhrung gesetzlicher Vorschriften lege überdies eine außerordentliche Macht in die Hände der Polizei. Wenn Edwards gesagt habe, wir wollen nicht mehr als acht Stunden arbeiten, so meinte Redner, daß man auch acht Stunden nicht überall arbeiten wolle, sondern nur 7 oder 6 Stunden. Eine Politik des Wünschens und der Illusionen bringe die Bergarbeiter nicht vorwärts. Redner erinnert an die Erfolge des Trades Unions bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Löhne. Ueberall wo die festländischen Arbeiter andere Wege einschlagen, habe der Erfolg gemangelt, es werde im Gegentheil nur die Macht des Staates erhöht und die individuelle Freiheit abgeschwächt. Der Staat solle nicht noch mehr Vollmachten zum Eingreifen in die sozialen Verhältnisse erhalten.

Der englische Delegirte Jameson zur Unterstützung des Amendements: Er warne davor, die Verkürzung der Arbeitszeit durch ein Staatsgesetz anstreben zu sollen. Es hätte weniger gesprochen und mehr gethan werden müssen. Redner weist auf die nationale Bergarbeitervereinigung in England hin, diese habe einen praktischen Erfolg erzielt. Den Staat zum Herrn über die Arbeitszeit zu machen, bedeute die Abdankung der Gewerkschaften und der persönlichen Freiheit. Vielfach seien die Arbeiter noch nicht organisiert und diesem Umstande sei es zuzuschreiben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchgeführt sei.

Die Diskussion über den Gegenstand wird auf Dienstag-Vormittag verschoben.

Zweiter Tag. Vormittag.

Nach Eröffnung der Sitzung wird zur Wahl des Tagespräsidenten geschritten und als solcher ein deutscher Delegirter, Sachs-Planitz gewählt.

Es beginnt nunmehr die Fortsetzung der Debatte über den Achtstundentag. Hierzu erhält der österreichische Delegirte Stark-Falkenau das Wort. Er beginnt mit den dieser Tage in Dörfel bei Reichenberg stattgefundenen blutigen Vorgängen, wobei mehrere streikende Personen bei einem Auslauf getödtet wurden. In Folge solcher in Oesterreich nicht seltener Vorgänge und der reaktionären Politik hätten die dortigen Bergarbeiter andere Ansichten, als sie gestern auf dem Kongress laut geworden. Zum Achtstundentag übergehend, weist Redner darauf hin, daß in früheren Jahrhunderten die Bergleute nur sechs Stunden arbeiteten und wöchentlicher nur fünf Tage. Damals sei auch die Arbeit viel leichter, die Grubeneinflüsse seien nicht so verderblich gewesen wie heute. Der Bergarbeiter verflümmere physisch durch die lange Arbeitszeit und sei auch durch die über acht Stunden ausgeübte Arbeitszeit Unfällen mehr ausgelegt. Letztere ereigneten sich meistens in den allerletzten Schichtstunden, beim Schichtwechsel, weil da die Kraft des Bergmannes erschöpft sei. Redner fordert den Achtstundentag sowohl für die Arbeiter unter wie über Tage, ferner für alle beim Bergbau beschäftigten Handwerker, Maschinisten u. Die Resolution der österreichischen Bergarbeiter, die Redner empfiehlt, lautet wie folgt: „Der Kongress fordere für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob sie auf oder unter der Oberfläche arbeiten oder als Handwerker, Maschinisten u. beim Bergbau beschäftigt sind, einen gesetzlichen Arbeitstag von 8 Stunden, Ein- und Ausfahrt einbezogen und eine Sonntagsruhe von Sonnabend-Mittag bis Montag-Mittag, das Verbot aller Ueberstunden und Ueberstunden, bei der Arbeit an heißen Orten, wo die Temperatur über 25 Grad beträgt, eine Arbeitszeit von nur 6 Stunden.“

Zur Erinnerung an diese Forderung beschließt der Kongress behufs Erwerbung der politischen Macht auf sozialistischer Grundlage, den 1. Mai als Feiertag zu erklären und es jeder Nation zu überlassen, durch Massenstreiks diese Forderung zu erkämpfen.“

Forster (England) unterstützt die gestern von Young eingebrachte Resolution. In seinem Distrikt gehörten von 60 000 Arbeitern 57 650 der Organisation an. Die Wirkung, welche eine derartige Organisation habe, zeige sich in der kürzeren Arbeitszeit und in den besseren Löhnen.

Werdelmann-Wattenscheid: Die politische und die gewerkschaftliche Organisation müssen getrennt marschieren. Die politische Aktion, die wir voll anerkennen, wollen wir durch unsere Organisation unterstützen. Wir können uns daher mit der österreichischen Resolution nicht einverstanden erklären.

Nachdem noch Stark (Oesterreich) und Cavrot (Belgien) gesprochen hatten, bemerkte

Harwey (England): Wenn durch die Regierung eine Besserung der Lage herbeizuföhren sei, weshalb solle man ihre Hilfe nicht in Anspruch nehmen, wie es bisher die Bourgeoisie gethan habe. Und wenn wir bisher einen

## Der Doppelgänger.

Roman von Carl Gbrlik.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Da soll das Wetter dreinschlagen!“ stöhnte Allenstein nach einer Pause ersten Entsetzens. „Ich besitze ein ganzes Packet solcher Aktien! Mühsöh Urban hat sie mir empfohlen!“

Schwerfällig sich erhebend, setzte er drohend hinzu: „Ich werde ihm jetzt gleich einmal gehörig die Leviten lesen!“ Frau Wöhlert erschrak. Sie mochte Urban nicht gern Angelegenheiten bereiten. Nicht, daß sie mit demselben auf besonders freundschaftlichen Füße gestanden hätte, aber sie achtete in ihm den Geschäftsführer und Kassirer des Hauses.

Er sowohl wie sie schöpften beide, wenn auch jeder auf eigene Hand, aus derselben trüben Quelle, indem sie Allensteins schwache Seiten benutzten.

Eine Krähe haßt der andern die Augen nicht aus, und Frau Wöhlert mochte um alles in der Welt nicht, daß Urban durch ihre Unvorsichtigkeit einen Verweis erhielt. Sie fürchtete, daß er Repressalien nehmen möchte, denn er war jedenfalls in Bezug auf sie nicht so blind wie der Fabrikherr selbst.

Daher war sie, sowie sich Allenstein erhob, ebenfalls sehr schnell auf den Füßen. Sie eilte um den Tisch, legte beide Hände auf Allensteins Schultern und drückte ihn sanft nieder.

„Sie werden“, sprach sie ihm dabei in ihrer einschmeichelnden, süßlichen Weise zu, doch nicht in diesem regnerischen Wetter über den zugigen und ungesunden Fabrikhof gehen?“

„Aber wenn so was —“

„Sie könnten leicht nasse Füße bekommen“, schnitt sie seine verführte Einwendung ab, „und würden sich er-

falten, was bei ihrer Aufregung die aller schlimmsten Folgen hätte!“

Alenstein gab jeden Widerspruch auf. Das Gespenst des Schlagflusses erschien am Horizont, und diese schreckhafte Spuckgestalt war stets Frau Wöhlerts bester Bundesgenosse, wenn es galt, Herrn Alenstein unter ihrem Willen zu beugen.

„Ueberdies“, fuhr sie langsamer fort, da sie seine Nachgiebigkeit kannte, „muß Herr Urban ja bald kommen, es ist bereits elf Uhr. — Das Beefsteak dampft förmlich ab, wie schade!“

Dabei rückte sie ihm den Teller mit demselben hin. Der köstliche Duft des gebratenen Beefsteaks regte Alensteins Geruchs- und Zungennerven gleichzeitig auf das angenehmste an.

Alenstein aß nicht, sondern er verschlang gierig einige Bissen des kräftigen Fleisches. Dabei liebäugelte er mit der Flasche.

Frau Wöhlert, die jeden seiner Blicke verfolgte, und ihm alles an den Augen absehen konnte, faßte nach dem Portwein.

„Nicht doch, Dorothea“, sagte er, den letzten saftigen Bissen hinunterschluckend, „ich habe heute ganz besonderen Hunger.“

„Sie haben zu befehlen“, knigte die Haushälterin, „für Sie ist kaum das Beste gut genug!“

Alenstein lächelte verklärt.

„Das Beste!“ wiederholte er ihre Worte. „Hi, hi, hi! Ja Dorothea!“ — er nickte ihr blinzelnnd zu — „ein Gläschen Sekt!“

„Eins?“ rief sie, „zwei, drei, zehn! So viel wie Sie wollen! In wenigen Minuten schäumt er vor Ihnen auf dem Tisch!“

Sie eilte fort, riß schon im Laufen das Schlüsselbund von ihrem Gürtel und suchte aus der Menge Schlüssel den zum Weinkeller heraus.

Alenstein sah ihr sehr zufrieden nach, und legte sich mit geschlossenen Augen an die Sopphalehne zurück, um das Erscheinen des Champagners zu erwarten.

Schon nach sehr kurzer Zeit kehrte die Haushälterin zurück.

Sowie sie in das Zimmer trat öffnete Alenstein die Augen wieder, aber er riß sie noch viel weiter auf, als er sah, daß Frau Wöhlert keine silberbehauptete Champagnerflasche hatte.

„Es ist kein Champagner im Keller mehr“, sagte sie, „nicht eine einzige Flasche!“

„Wa —“

Alenstein wollte ein bestürztes „Was?“ ausrufen, aber der Mund blieb ihm vor Schreck weit offen stehen, ohne daß er das Wort zu Ende brachte.

„Ich begreife es wirklich auch nicht“, erwiderte ihm Frau Wöhlert.

Der Fabrikbesitzer stand auf, riß sich die Serviette, welche er vorgesteckt hatte, vom Halse und schleuderte dieselbe zu Boden. Dann wackelte er sehr böse im Zimmer auf und ab. Durch diese Bewegung bekam er die Sprache wieder.

„Kein Champagner mehr vorhanden?“ stieß er schwer athmend hervor. „Vor nicht langer Zeit habe ich eine ganze Parthie gekauft.“

Frau Wöhlert, die wirklich nicht begriff, wie das Champagnerlager schon geräumt sein konnte, bemühte sich, ihren Herrn von den ärgerlichen Gedanken über das Manko abzubringen.

„Ich bitte Sie“, sprach sie, „ärgern Sie sich nicht über Ihr Fräulein Tochter.“

Alenstein stand still.

„Was, Tochter?“ fuhr er sie an. „Ich ärgere mich über den Champagner, der da sein mußte und doch nicht da ist!“

„Ueber Ihre Tochter ärgern Sie sich“, wiederholte sie



Staat hatten, der die Interessen der Bourgeoisie vertrat, so wollen wir jetzt den Staat veranlassen, auch unsere Interessen zu vertreten. (Stürmischer Beifall.) Es wird sodann das endgültige Ergebnis der Mandatsprüfungskommission mitgeteilt. Danach sind vertreten: Oesterreich durch 1 Delegirten für 50000 Berleute, Deutschland durch 13 Delegirte für 174000 Bergleute, Frankreich durch 2 Delegirte für 152000 Bergleute, Belgien durch 4 Delegirte, die Miners Federation durch 18 Delegirte für 400000 Bergleute, die National-Federation durch 16 Delegirte für 126000 und Süd-Wales durch 3 Delegirte für 100000 Bergleute, insgesamt 57 Delegirte für 1087000 Bergleute.

Hierauf folgt die Abstimmung über die zum Thema vorliegenden Resolutionen. Zunächst gelangten die drei Resolutionen der Miners Federation, Deutschlands und Frankreich-Belgiens mit 960000 gegen 126000 Stimmen zur Annahme. Dieselben haben folgenden Wortlaut:

1) Der Kongress beschließt hiermit für alle unter Boden arbeitenden Bergarbeiter einen gesetzlichen Arbeitstag von nicht mehr als 8 Stunden zu erlangen, Einfahrt und Ausfahrt einbegriffen. 2) Der Kongress beschließt hiermit für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob dieselben über oder unter Oberfläche arbeiten, einen gesetzlichen Arbeitstag von nicht mehr als 8 Stunden zu erlangen, Einfahrt und Ausfahrt einbegriffen. 3) Der Kongress beschließt hiermit für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob dieselben auf oder unter Oberfläche arbeiten, einen gesetzlichen Arbeitstag von nicht mehr als acht Stunden zu erlangen, Einfahrt und Ausfahrt einbegriffen.

Die Resolution Young wurde mit derselben Stimmenzahl abgelehnt. Da die Resolution Start's nicht zur Abstimmung gelangen soll, weil sie nicht geschäftsordnungsmäßig eingebracht worden war, protestirt Möller (Deutschland).

Nach erregtem Hin- und Herbattiren wurde der Antrag, über die Resolution Start abzustimmen, gegen die Stimmen der Deutschen und Oesterreicher abgelehnt und sodann die Vormittagsitzung geschlossen.

### Zweiter Tag, Nachmittags.

Zunächst trat der Kongress in die Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Frauenarbeit“ ein.

Grewall (England) begründet die hierzu eingebrachte Resolution der Miners Federation: „Der Kongress beschließt, alle Frauenarbeit in der Bergbauindustrie gesetzlich zu verbieten.“ Es genüge, so führt der Redner aus, darauf hinzuweisen, daß die Frauenarbeit in den Gruben den Berufsarbeiter schädige und das Familienleben von Grund aus untergrabe. Am ausgebeutetesten bestehe die Frauenarbeit aus deutschen Gruben. (Sehr richtig.)

Knippelschild-Vochum spricht zu der von Deutschland zum Thema „Frauenarbeit“ eingebrachten Resolution, die denselben Wortlaut wie die der Miners Federation hat. Er befürwortete ebenfalls lebhaft das Verbot der Frauenarbeit. In Oberschlesien seien gegenwärtig 8000 weibliche Arbeiter beschäftigt und zwar in Steinkohlengruben 3937, in Eisengruben 1858 und in Zinkgruben 2847. Die erzielten Löhne dieser Arbeiterinnen betragen jährlich in den Steinkohlengruben 240 Mk., in den Erz-

gruben 242 Mk. und in den Zinkgruben 232 Mk. Die männlichen Arbeiter erzielten zur gleichen Zeit 792,544 und 654 Mk. Es sei also ein kolossaler Unterschied vorhanden und man müsse sich fragen, ob der Lohn der Frauen überhaupt noch als ein Lohn zu bezeichnen sei. Im Dortmunder und Saar-Revier, wo keine weiblichen Arbeiter beschäftigt werden, betrug der Lohn der Männer durchschnittlich 950 Mark. Die Frauenarbeit auf den Gruben bringe die schlimmsten Gefahren für Sitte und Moral in sich, führt schließlich zur Barbarei und müsse deshalb unbedingt gesetzlich verboten werden. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch Start (Oesterreich) und Cavignac (Belgien) sich für die Resolutionen ausgesprochen hatten, wurden dieselben einstimmig angenommen.

Zum nächsten Thema: Versöhnungskommission und Arbeitslohn, begründet Parrot'e (England) folgende Resolution der Miners Federation: Der Kongress beschließt, daß keine Versöhnungskommission den Wünschen der Arbeiter entspricht, die nicht, wenn es sich um Feststellung des Lohnes handelt, ein Minimum und Maximum, womit der Arbeiter bestehen kann, erlaubt. In diesem Falle hat sie auch die Verkaufspreise, sowie Gewinn- und Verlustberechnungen des Betriebes zu berücksichtigen.

Covey (England) spricht sich ebenfalls für die Resolution aus. Von deutscher Seite liegt zu dieser Resolution folgen der Zusatz vor: „Einen Normallohn von 5 Mk. für Deutschland für den achtstündigen Arbeitstag festzusetzen. Jede Nation hat ihren eigenen Normallohn zu bestimmen.“ Zur Begründung dieses Amendements bemerkt Werdelmann (Deutschland): Ein Normallohn von 5 Mk. für den achtstündigen Arbeitstag sei eine ernstvolle Forderung, nunmehr, als die Arbeitslöhne trotz der größten Ausbeute in den letzten Jahren anhaltend gesunken seien, deshalb die Erhöhung der Löhne den Bergwerksbesitzern keinen Schaden zufügen könne. Die deutsche Regierung stehe leider den Forderungen der Bergarbeiter ablehnend gegenüber, doch sei zu hoffen, daß das einmüthige Vorgehen der Bergarbeiter aller Länder sie den Forderungen geneigter machen werde. Es sei daher nothwendig, daß jede Nation einen Normallohn festsetze und für dessen Anerkennung Sorge.

Nachdem Möller (Deutschland) noch ein Amendement zu den beiden Resolutionen eingebracht und sich Boyle (England) für dieselben ausgesprochen hatte, wurde die weitere Diskussion auf morgen früh vertagt.

## Soziales und Partei-Leben.

**Dortmund.** Die hiesigen Maurer haben die Arbeit niedergelegt, 45 Pf. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit fordernd. 180 Maurern wurden die gestellten Forderungen schon bewilligt.

**Stuttgart.** Die Schmiede haben ihre Forderungen bei etwa 20 Meistern durchgesetzt, 25 dagegen lehnten die Bewilligung ab; die Arbeiter in diesen Betrieben, etwa 60 Mann, streikten.

## Aus Nah und Fern.

Sehr schlecht abgeschritten ist das Berliner Polizei-Präsidium in einer Klage, welche von ihm gegen den Redakteur des

Derselbe hatte keine Brille auf, war sehr einfach in einen grauen Rock gekleidet und hielt mehrere Briefe in der Hand.

Er kam aber nicht dazu, über den Inhalt dieser Briefe zu sprechen, denn Allenstein rief ihm sogleich verdrießlich entgegen:

„Regnete es nicht, wäre ich schon längst bei Ihnen drüben gewesen, um Sie auszufragen, daß ich an den Minerva-Aktien durch Ihre Schuld noch Verlust erleiden muß!“

„Warten Sie ab, Herr Allenstein, was bei der Liquidation herauskommt.“

„Ach,“ brummte der Fabrikherr, „dabei kann ich nicht floriren.“

„Einen besseren Rock,“ nörgelte Allenstein weiter, „könnten Sie sich in den Geschäftsstunden aber auch anziehen!“

„Dies ist mein bester Rock,“ erwiderte Urban ganz bescheiden.

„Ihre Sparsamkeit,“ sagte darauf Allenstein, „empfehle ich zwar sehr, schmeckt aber doch allzu stark nach Geiz.“

Urban zuckte die Achseln.

„Sie wissen, Herr Allenstein, daß ich kein Vermögen habe und mich einrichten muß.“

Frau Wöhlert saß während dieses Gesprächs mit niedergeschlagenen Augen, wie die demüthigste Dienerin, am Tisch.

Urban streckte die Hand mit den Briefen aus.

„Von Hamburg sind diese —“

„Verschon Sie mich heute,“ fiel ihm Allenstein in die Rede, „Sie kennen meinen Widerwillen gegen das Briefesehen.“

„Aber ich muß doch —“

„Disponiren Sie, wie Sie wollen, lieber Urban, Sie haben das Fabrikgeschäft ja lange selbstständig geleitet, bleiben Sie um Himmelswillen aber nur allen Aktien-spekulationen fern. Es ist Ihre Schuld und unverzeihlich, daß wir auf Ihren Antrieb unsere Hände in die Minerva-Pakete gesteckt haben!“

(Fortsetzung folgt.)

„Proletarier aus dem Entengebirge“, Genossen Franz Feldmann bei dem Landgericht in Liegnitz anhängig gemacht worden. Es wird darüber berichtet: Der Redakteur Franz Feldmann hat am 14. April v. J. in einer zu Peterwitz, Kreis Jauer, abgehaltenen Volksversammlung die Aeußerung gethan, daß auf der Polizeiache in Berlin Arrestanten von Beamten derartig geschlagen worden wären, daß es sich anhöre, als wenn Teufel die Klöße würden. Wegen dieser schweren Beschuldigung ist das Berliner Polizei-Präsidium Strafantrag gegen Feldmann. Strafkammer in Liegnitz lehnte jedoch die Eröffnung des Verfahrens ab, worauf der Strafantrag des Oberlandesgerichts Breslau auf die Beschwerde des Staatsanwalts die Hauptverhandlung anordnete. In dieser erbot sich der Redakteur Feldmann, Beweis der Wahrheit für die unter Anklage gestellte Aeußerung anzutreten. Der Gerichtshof kam indessen auch ohne diese Beweiserhebung zur Freisprechung, weil nicht genügend erkennbar welche Beamten der Berliner Polizei eigentlich beleidigt sein sollten. Auf den gegen die Entscheidung von der Staatsanwaltschaft gelegten Rekurs hob das Reichsgericht das Urtheil auf und wies die Sache an die Liegnitzer Strafkammer zurück, die in ihrer Sitzung vom 22. ds. nochmals hierüber verhandelte. Der Angeklagte bot wiederum den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an, dem auch stattgegeben wurde. In der Zwischenzeit hatten in Passauer Zeugenvernehmungen stattgefunden. Die Untersuchungskommission vernommenen Zeugen wurde verlesen. Ein Bäcker Kautsch bezeugte, er sei in trunkenem Zustande auf eine Berliner Polizeiwache geschickt worden und habe dort „Derselbe rechts und links“ erhalten. Dabei habe ihm ein Beamter zugerufen: „Euch Sozialdemokraten werden wir den 1. Mai antreiben.“ Ein Glaser Wienecke, der seine Wohnung unter einer der Berliner Polizeiwachen hatte, will gehört haben, daß Arrestanten dort geschlagen wurden. Als er dann gerufen habe, man möge doch aufhören mit dem Schlagen, habe man ihm erwidert, wenn er auch Schläge haben wolle, möge er nur heraufkommen. Polizeioberst Krause hat nie gesehen, daß Mißhandlungen von Arrestanten vorgenommen seien, hält dies aber immerhin für möglich; in solchen Fällen sei dann eine Bestrafung der Beamten eingetret. Bestreiten mußte er, daß das Beispiel des Teufelkloßens etwaig vorgenommene Mißhandlungen Anwendung finden könnten. Ein weiterer Zeuge Keumann hat bezeugt, daß ihm auf der Polizeiwache der Mund verboten worden sei. In anderen Zeugenausagen waren jedoch unwesentlicher Natur. Der Erste Staatsanwalt führte aus, daß der Beweis der Wahrheit die unter Anklage gestellte Aeußerung nicht erbracht worden sei, da würde nur der Fall sein, wenn der Angeklagte gesagt hätte, es seien Mißhandlungen und Körperverletzungen auf den Berliner Polizeiwachen von Beamten verübt worden. Denn, daß solche Ausschreitungen vorgekommen, daß Arrestanten sogar blutig geschlagen worden unterliege nach der Beweisaufnahme keinem Zweifel. Der Angeklagte habe aber maßlos übertrieben und keiner der Zeugen habe das von ihm angewandte Gleichniß bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung und die Vorstrafen des Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte verteidigte sich selbst, beantragte seine Freisprechung und die Erstattung seiner nothwendigen Auslagen. Der Gerichtshof erachtete weder den § 185, noch § 186 Str.-G.-B. für anwendbar, da der Beweis der Wahrheit für die angebrachte Aeußerung als geführt zu erachten sei, auch aus der Form der Behauptung und aus sonstigen Umständen habe sich die beleidigende Absicht nicht feststellen lassen. Der Angeklagte sei jedoch freizusprechen. Es rechtfertige sich auch der Antrag, ihm die nothwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu erstatten, da er den Beweis der Wahrheit schon früh angeboten habe, ohne daß man darauf etwas Rücksicht genommen hätte.

Die brave Berliner politische Polizei hat es während des schönen Pfingstfestes zum Theil recht sauer gehabt. Daß da unser Genosse, der Maurer Silberschmidt an dem zweiten Pfingsttage seelensvergnügt im Grunewald umfrühtete, daß die grundgütige Mutter Natur abermal mitleidig statt Bajonnette und Gummischläuche Blumen und duftige Kräuter hatte wachsen lassen. Nur eins that ihm leid, nämlich daß seine brave Ehehälfte krankheits-halber den schönen Frühlingstag in Einsamkeit zu Hause vertrauern mußte. Voll innigen Mitleids kam Silberschmidt am Abend heim, und schickte sich an, der Gattin geziemend Trost zu spenden. Solches war nun, wenigstens von wegen der Langeweile an diesem Tage, nicht nöthig gewesen. Denn während der Ehefrau das Blümlein blau im schattigen Walde bewundert hatte, hatte die Hausfrau auch ihr blaues Wunder erlebt. Um 5 Uhr Nachmittags erkannte sie vis-a-vis ihrem Fenster einige Gestalten, die der Beschreibung nach bedenklich benehmen ähnlich sahen, die im Prozeß Auer und Genossen eine so anheimelnde Rolle gespielt hatten. Nicht lange dauerte dies Präliminum hangenden Zweifels und es klopfte man der Energie, die einer guten Sache würdig ist, an die Hausthür. Frau Silberschmidt öffnete und vor ihr standen ein Polizeilieutenant, ein Schutzmann und ein Kriminalbeamter. „Wo ist Ihr Mann geblieben, wo sind die vielen Leute, die in's Haus gingen?“ lautete die Frage dieser Herren. Frau Silberschmidt sah die Männer der heiligen preussischen Ordnung staunend an und bat sich deutlicher zu erklären. Ja es müsse eine geheime Versammlung im Hause stattfinden; sie solle nur mit der Wahrheit herausrücken. Die Frau unseres Genossen lächelte und ihre Heiterkeit überstieg fast die zulässigen Formen, als einer der Beamten den Ueberzieher und den Hut des gefährlichen Mannes als Beweismittel ergriff. Wo der Hut ist, da ist auch der Uebelthäter, folgert der Mann des Gesetzes ganz logisch, und ungläubig beruhigte er sich erst ein wenig, als Frau Silberschmidt treuherzig versicherte, daß ihr Gatte des schönen warmen Wetters wegen im Strohhut ausgegangen sei. Es war nichts mit der geheimen Versammlung, und die Beamten gingen, ohne den Staat gerettet zu haben. Als Frau Silberschmidt aber vom Fenster aus den Herren nachsah bemerkte sie, daß etwa ein Duzend Uniformirte und Nichtuniformirte Haus und Thorweg besetzt hielten. Die Beamten wissen nicht, ob ein Scherzbold so boshaft war, die armen Mannen des Herrn Schöne eine so infame Plag zu bereiten; aber nach den heiteren Ergebnissen, welche die berühmten Polizeithaten gegen Auer und Genossen vor acht Tagen an's Licht führten, ließe sich eine solche Vermuthung schon rechtfertigen.